

Mitgliederinformation zum Jahresausklang 2024

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch dieses Jahr hat uns vor große Herausforderungen gestellt – und die politische Situation weltweit, aber auch in Deutschland, ist nicht einfach. Die finanzielle Haushaltslage bleibt ebenfalls schwierig, das betrifft uns an den HAW ganz direkt.

Aktuell beschäftigt uns vor allem das neue Hochschulgesetz, dessen Entwurf nun vorliegt und in das das Promotionsrecht für HAW aufgenommen wurde. Der **h1b** Rheinland-Pfalz hat dazu eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Für die Erreichung des Ziels „Promotionsrecht“ haben wir lange gekämpft, freuen uns deshalb auch über diesen Schritt, sehen jedoch die geplante Umsetzung kritisch. So fordert der **h1b** Rheinland-Pfalz, die HAW den Universitäten hinsichtlich des Promotionsrechts gleichzustellen und dies nicht durch künstliche, bürokratische Hürden zu erschweren wie beispielweise den Nachweis einer „ausreichenden Forschungsstärke“ oder einer „Qualitätssicherung durch das Wissenschaftsministerium“. In die parlamentarische Phase wird das Gesetz – aller Voraussicht nach – im Frühjahr 2025 gehen. Diese Zeit werden wir nutzen, um Gespräche mit den Fraktionen zu führen, mit denen wir auch in diesem Jahr regelmäßig in Kontakt waren. Ein wichtiges Thema sind hier auch immer die Anliegen der 12plusEins-Kampagne. Am 31. Oktober 2024 hatten wir zudem Gelegenheit, mit Wissenschaftsminister Clemens Hoch zu diskutieren. Eine Zusammenfassung dieses Gesprächs finden Sie als eigenes Dokument im Anhang.

Die W-Besoldung ist ein Problem, die besonders unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen an den HAW in Rheinland-Pfalz massiv umtreibt und für sehr viel Ärger, Frust und rückläufige Motivation sorgt. Im Fokus: die große Bürokratie, die mit der Antragsstellung für Leistungsbezüge verbunden ist, aber auch die teils große Intransparenz und Abhängigkeit von der Hochschulleitung. Dieses Thema haben wir deshalb auch in unsere Gespräche mit den Fraktionen als auch mit dem Wissenschaftsministerium aufgenommen.

Ganz wichtig ist uns der Kontakt zu unseren Mitgliedern. Am 25. November 2024 haben wir an der Hochschule Kaiserslautern im Rahmen des Formats „**h1b** vor Ort“ mit unseren Kolleginnen und Kollegen diskutiert. In diesem Jahr neu eingeführt haben wir das Format „**h1b** rp-online“, um interessante Themen aufzugreifen, die die Professorinnen und Professoren an den HAW in Rheinland-Pfalz beschäftigen. Zwei Online-Diskussionen zu den Themen „Bürokratie an HAW“ sowie „W-Besoldung“ haben wir am 14. März bzw. 1. Juli mit jeweils guter Resonanz angeboten. Die nächste Diskussion zum Thema „Lehrverpflichtung“ ist in den nächsten Wochen geplant. Auch die nächste Mitgliederversammlung ist bereits terminiert. Sie wird am 17. Februar 2025 in der Katholischen Hochschule in Mainz stattfinden. Die Einladung wird Ihnen Anfang des Jahres zugehen. Und es gibt noch eine weitere wichtige Nachricht: Nach acht Jahren wird uns unsere Länderreferentin Ulla Cramer zum Jahresende verlassen und in den Ruhestand gehen. Ihre Nachfolgerin Stefanie Ball ist bereits mit im Boot. Sie ist unter der E-Mailadresse: stefanie.ball@h1b-rp.de zu erreichen.

Der Vorstand des **h1b** Rheinland-Pfalz wünscht Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr.

Mit kollegialen Grüßen

Prof. Dr. Claus-Michael Langenbahn
Vorsitzender des **h1b** Rheinland-Pfalz



*Zum Gespräch im Mainzer Wissenschaftsministerium:
Wissenschaftsminister Clemens Hoch (3.v.l.) mit den Vorstandsmitgliedern
Prof. Dr. Jochen Struwe, Prof. Dr. Claus-Michael Langenbahn, Prof. Dr.
Mario Jung (v.l.) und den Referentinnen Stefanie Ball (l.) und Ulla
Cramer*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 31. Oktober 2024 empfing Wissenschaftsminister Clemens Hoch (SPD) in Mainz den Vorstand des **hwb** Rheinland-Pfalz zu einem Gespräch. Im Mittelpunkt stand der Referentenentwurf zum neuen Hochschulgesetz. Im Zuge des Austauschs kamen unter anderem die Themen **Promotion, Deputatsreduktion, akademischer Mittelbau** und **W-Besoldung** zur Sprache. Anbei eine kurze Zusammenfassung:

- Promotion

Der **hwb** Rheinland-Pfalz fordert hinsichtlich des Promotionsrechts keine Benachteiligung im Vergleich zu den Universitäten. Formulierungen wie „Nachweis ausreichender Forschungsstärke“ oder „Qualitätssicherung durch das Wissenschaftsministerium“ sind zu unbestimmt und lassen einen hohen bürokratischen Aufwand vermuten.

Minister Hoch erläutert, dass neben der gesetzlichen Regelung noch eine Verordnung zum Promotionsrecht an HAW in Kraft treten wird. Diese Verordnung wird die unbestimmten Begriffe im Gesetz konkretisieren. Dennoch sieht er in dem neuen Gesetz einen „guten Rhythmus für den Anfang“. Es soll zunächst vier Promotionscluster geben, in denen sich HAW zu forschungsstarken Einheiten

zusammenschließen. Für technische und nicht-technische Bereiche soll es für den Nachweis der ausreichenden Forschungsstärke überdies unterschiedliche Anforderungen geben.

- Deputatsreduktion

Es steht die Forderung des **h1b** nach einer Senkung des Lehrdeputats auf 12 Semesterwochenstunden. Schon 2007 wies der Wissenschaftsrat darauf hin, dass forschungsbasierte Lehre nur mit maximal 12 Semesterwochenstunden möglich sei. Zumindest ein erster Schritt auf 16 SWS wie in Sachsen-Anhalt wäre wünschenswert. Vor dem Hintergrund sinkender Studierendenzahlen wäre es kostenneutral möglich.

Der Minister sieht nicht, dass sich in der Angelegenheit in absehbarer Zeit etwas ändert. Gegen sinkende Studierendenzahlen soll aktiv vorgegangen werden, z. B. durch eine Internationalisierung der Studiengänge; außerdem sei der Rückgang der Studierendenzahlen nicht an allen HAW gleich stark.

- Akademischer Mittelbau

Zusätzliche Mitarbeiter in diesem Bereich sollen nicht in der Verwaltung oder in Stabsstellen eingesetzt werden, sondern Professoren direkt in Forschung und Lehre unterstützen.

Nach Aussagen des Ministers wurden zusätzliche Stellen bereits geschaffen, wobei die Präsidien vor allem Unterstützung für die Verwaltung fordern. Er verweist darauf, dass die Senate und Präsidien der jeweiligen Hochschule über den Einsatz von Stellen entscheiden.

- W-Besoldung

In der Praxis verursachen die Verfahren zur Gewährung besonderer Leistungsbezüge einen enormen bürokratischen Aufwand, sind oft intransparent und schaffen Unzufriedenheiten auf allen Seiten. Vor diesem Hintergrund wäre eine Rückkehr zu Dienstalters- oder Erfahrungsstufen wenigstens in Teilen denkbar.

Nach Aussagen des Ministers waren Leistungsbezüge ausdrücklich so gewünscht, Professoren sollten sich nicht auf Erreichtem ausruhen, deshalb schuf man mehr Wettbewerb durch Grundgehalt und Leistungsbezüge. Die W-Besoldung

stelle überdies kein Einsparmodell dar. Das „alte“ Budget sei im System verblieben und werde entsprechend der Tarifsteigerungen angepasst.

- Haushaltsverhandlungen

Minister Hoch zeigte sich zufrieden mit den aktuellen Haushaltsverhandlungen. So gab es beim Wissenschaftsetat keine Einsparungen, vielmehr wurde dieser um 13 Prozent erhöht. Mit diesen zusätzlichen Mitteln werden nicht nur die Tarif- und Besoldungssteigerungen ausgeglichen, sondern auch der Sachkostenetat wird angehoben, womit auch der Energiepreisanstieg seit 2019 vollständig ausgeglichen wird.